

# Ist unser Geld bald nichts mehr wert?

## Bundestagswahl-Check der Lahrer Zeitung zu Fragen rund um Wirtschaft und Finanzen

1. Wie verhindern Sie das Ausbluten der Innenstädte?

2. Wie gelingt der Bürokratie-Abbau für den Mittelstand?

3. Wie bremsen Sie die Inflation?

4. Braucht es weitere Corona-Hilfen für die Wirtschaft?

5. Was tun Sie gegen den Fachkräftemangel in der Gastronomie?

CDU



Yannick Bury

Innenstädte müssen stärker zum Erlebnis werden. Darum wollen wir einem »Pakt für Innenstädte« schmieden, durch den sowohl für die Modernisierung von Stadt- und Dorfkerne unterstützt, aber auch Innenstadtmanger finanziert werden, die den Handel beispielsweise bei der Organisation von Veranstaltungen unterstützen.

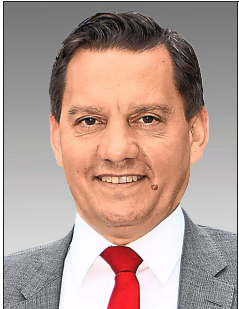
Indem wir Gesetzgebung stärker evaluieren und Regulierungen auch wieder zurücknehmen. Dafür können Modellregionen ein Ansatz sein. Was regional funktioniert oder nicht funktioniert, kann danach bundesweit angepasst werden. Wir brauchen außerdem bei bestehenden und bei neuen Regulierungen Bagatellgrenzen für kleine und mittlere Unternehmen.

Die Aufgabe der Zentralbank ist es, den Geldwert stabil zu halten. Darum dürfen der Europäischen Zentralbank nicht ständig weitere Zielsetzungen aufgegeben werden, die das Ziel der Geldwertstabilität immer weiter verwässern. Außerdem müssen wir schnellstmöglich zum ausgeglichenen Haus halten und der Schuldenbremse zurückkehren.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind noch nicht überstanden. Das zeigt sich an Problemen in Lieferketten. Zudem sind etwa Handel und Gastronomie weiter durch Schutzmaßnahmen eingeschränkt. Die betroffenen Wirtschaftsbereiche müssen weiter unterstützt werden. Umgekehrt muss dort, wo sich die Situation entspannt, staatliche Unterstützung zurückgefahren werden.

Auch in diesem Bereich nutzen wir die Chancen der Grenzregion noch viel zu wenig. Ein echter grenzüberschreitender Arbeitsmarkt kann beim Fachkräftemangel helfen, auch in der Gastronomie. Erster Schritt dafür ist es, die Sprachbarrieren zwischen Deutschen und Franzosen stärker abzubauen. Darüber hinaus wollen wir die Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro erhöhen.

SPD



Johannes Fechner

Gerade den Einzelhandel haben und werden wir finanziell fördern. Wer unverschuldet Corona-Umsatzausfälle hatte, muss entschädigt werden. Online-Händler wie Amazon und Co. müssen besteuert werden, damit gleiche Wettbewerbschancen bestehen. Minister Scholz hat das international durchgesetzt. Gemeinden müssen angemessen mit Förderprogrammen unterstützt werden, um Innenstädte zu beleben.

Politik und Wirtschaft müssen eng abgestimmt beraten, welche Regeln überhaupt noch gebraucht werden. Ausschreibungen sollten vereinfacht werden, um Aufträge einfacher und schneller vergeben zu können. Manche Aufsicht kann vereinfacht werden. Mehr Bagatellklauseln würden verhindern, dass Firmen und Verwaltungen wegen Kleinbeträgen hohen Aufwand betreiben müssen.

Die Inflation zu bremsen, ist in erster Linie Aufgabe der Europäischen Zentralbank, die die Zinsen festlegt. Die Europäische Zentralbank hat zugesichert, die Inflation einzudämmen. Sorge machen mir eher die unbegrenzten Ankäufe ausländischer Staatsanleihen, die Milliardenbeträge umfassen und bei denen ich Zweifel habe, ob diese Anleihen je wieder zum gleichen Preis verkaufbar sein werden.

Kurzarbeit und Überbrückungshilfen haben Millionen Jobs gesichert und Unternehmen gerettet. Solange Firmen noch Corona-bedingt Probleme haben, müssen Hilfen weiterlaufen, weil diese Firmen unverschuldet in die Krise geraten sind. Doch Handwerk und Mittelstand sind bei uns so robust, dass viele Firmen gar keine Hilfen brauchen. Die meisten Unternehmen kommen gut aus der Krise.

Ganz oft Essen gehen und viel Umsatz machen, damit die Gastronomie gute Löhne bezahlen kann. Es darf keinen weiteren Lockdown geben, denn genügend Menschen sind geimpft und deshalb braucht es keine Schließungen. Das schafft Umsatz für gute Löhne und damit Attraktivität für Arbeitskräfte. Und wir müssen noch mehr für die tollen Berufe im Handwerk und in der Gastro werben.

Grüne



Heike Dorow

Attraktive Innenstädte, Stadtteilzentren und Quartiere mit Begegnungs- und Kulturräumen oder Dorfläden sind wichtige weiche Standortfaktoren. Auch grüne Lungen werden in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger. Nicht nur Einkaufen, sondern auch gemeinsam Kultur und Begegnung erleben gehört dazu. Kommunen sind hier die gestaltenden Akteure. Sie brauchen Unterstützung von Land und Bund.

Wir müssen eine Verwaltung 4.0 realisieren, die notwendige Regeln klar, schnell und transparent kommuniziert und umsetzt. Bausteine sind hier die Digitalisierung, klare Kompetenzen, aber auch eine klare verständliche Sprache in Anträgen und Formularen sind hier wichtig. Allein die Anzahl dieser Anträge und Formulare ist eine Zumutung.

Hier ist die EZB zuständig. Sie ist politisch unabhängig und ist dieser Aufgabenstellung bisher erfolgreich nachgekommen. Unser Beitrag als Staat ist es, in Innovation und Strukturwandel zu investieren, damit unsere Wirtschaft nachhaltig und gemeinwohlorientiert wächst.

Wir müssen genau nach den Bedarfen schauen, dabei sind die »kleinen« Unternehmen genauso wichtig wie die großen. Wir als Wirtschaftsstandort sind gerade aufgrund der Vielfalt unserer Unternehmen so stark. Investitionen sollten dann nachhaltig sein und zu den Herausforderungen des Strukturwandels passen. Hier ist staatliche Unterstützung sinnvoll.

Fachkräftemangel in allen Branchen ist ein Problem, das noch weiterwachsen wird. Faire Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung und das Bekenntnis zum Einwanderungsland sind wichtige Punkte, die Probleme anzugehen.

AfD



Thomas Seitz

Allgemein braucht es eine Stärkung des Mittelstandes: Nicht nur weniger Steuern, sondern auch weniger Bürokratie. Autofahrer sind Kunden, keine Feinde – also Schluss mit künstlicher Verengung von Straßen, Wegfall von Parkplätzen und hohen Parkgebühren. Keine Abschreckung und Ausgrenzung von Kunden durch Maskenpflicht oder 2G/3G. Kunden brauchen das Gefühl von Sicherheit.

Die erste und einfachste Maßnahme wäre der Abbau von Dokumentations- und Informationspflichten. Ein gutes Beispiel ist die Einführung der Belegausgabepflicht (»Bonpflicht«) in Gastronomie und Einzelhandel. Für jede Brezel wird seitdem beim Bäcker ein Bon ausgedruckt – ohne Mehrwert für Bäcker oder Kunden, aber mit hohem finanziellem Aufwand und unnötiger Umweltbelastung.

Ausstieg aus dem Euro und damit Schluss mit der Geld- und Zinspolitik der EZB, die reformunfähigen oder -willigen Ländern nicht nur eine grenzenlose und billige Verschuldung erlaubt. Den Preis für die Geldschwemme bezahlt Deutschland. Schon länger durch Entwertung privater Vorsorge und Vermögenswertinflation (Immobilienpreise, Aktienkurse), jetzt ziehen die Warenpreise nach.

Es muss Schluss sein mit Eingriffen in das Wirtschaftsleben unter dem Vorwand von Corona. Die Wirtschaft verträgt weder weitere Lockdowns, neue bürokratische Auflagen (wie die Prüfung von Impfpässen und Tests) noch die Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung aus ihrer Kaufkraft. »Corona-Hilfen« sind Konsum auf Pump, für den noch unsere Kinder und Enkel die Zeche zahlen.

In der Gastronomie sind durch die Corona-Politik viele Ausbildungsplätze weggefallen oder werden jetzt schon im zweiten Jahr angesichts der Unsicherheit nicht besetzt. Hier werden künftig mehrere Jahrgänge an Fachkräften fehlen – Merkel und Kretschmann sei Dank. Im Übrigen muss man gerade im Niedriglohnbereich die Abgabenquote senken, damit Arbeit auch attraktiv ist.

FDP



Tino Ritter

Innenstädte müssen zum Lebensraum werden. In vielen Orten werden zwar Plätze gestaltet, die aber oft nicht nutzbar sind, da Verweilgelegenheiten fehlen. Wir müssen es erreichen, dass die Innenstadt zum Verweilort wird. Dann wird auch unser Handel profitieren.

Durch Digitalisierung und Rechtsanpassung. Wenn ein Mittelständler die 30. bauähnliche Anlage exportieren will, soll er nicht erneut sämtliche Kontrollen durchlaufen müssen. Der Datenschutz muss so einfach werden, dass hierfür keine Fachkraft eingestellt werden muss. Wenn ein Unternehmer heute einen Marktbedarf hat, muss er morgen sein Werk bauen dürfen.

Unternehmen müssen effizient wirtschaften können. Die Digitalisierung kann dies als Schlüsselmoment KI, ML, die Robotik und die Automatisierung möglich machen, die geeignet sind, der Verknappung von Arbeit – demografischer Wandel – und industrieller Vorprodukte entgegenzuwirken. Das heißt dem Missverhältnis zwischen dem Güterangebot und der Güternachfrage vorzubeugen.

Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit und Gestaltungsfreiheit. Ständige Hilfen und Subventionen werden sich marktverzerrend auswirken. Es darf keinen Lockdown mehr geben. Den Unternehmen, die durch die Pandemiepolitik immer noch Verluste tragen, sind die Verluste auszugleichen. Unsere Unternehmen sind auf absehbare Zeit rückwirkend schadlos aus der Krise zu führen.

Ich habe tatsächlich eine Stellenausschreibung in den Schaufenstern meines Wahlkampfbüros ausgehängt. Im ländlichen Raum trifft es die Gastronomie besonders schwer, da es junge Menschen in Ballungsorte zieht. Dagegen herrscht in den Ländern der EU bis zu 38,2 Prozent Jugend- und 15,4 Prozent Gesamtbeschäftigungslosigkeit. Ich bin Verfechter einer innereuropäischen Arbeitsmigration.

Linke



Inke Pirch

Kommunen müssen mehr Investitionsmittel bekommen, um attraktive, lebendige Innenstädte zu schaffen mit ausreichend gemeinschaftlich genutzten Plätzen. Außerdem fordern wir eine Reform des Gewerbemietrechts, damit Gewerbemietverträge nicht generell befristet sind und der Kündigungsschutz verbessert wird. Durch eine Steuerreform, die online Megakonzerne mehr in die Pflicht nimmt.

Häufig liegt ein hohe bürokratische Aufwand an einer mangelnden Zusammenarbeit der zuständigen Behörden. Diese muss verbessert werden durch eine gute digitale Infrastruktur. Digitale Selbstbestimmung ist ein sensibles Gut und muss durch umfassenden Datenschutz gesichert werden. Kommunikationswege zu öffentlichen Unternehmen müssen Ende-zu-Ende verschlüsselt sein.

Die Frage nach Inflation ist immer eine Verteilungsfrage, denn es geht um die Kaufkraft der Bevölkerung. Können sich die Menschen die Lebensunterhaltungskosten noch leisten? Es gibt einige Schrauben, an denen wir drehen müssen, damit das Leben für alle bezahlbar ist und die Kaufkraft gestärkt wird: bezahlbare Mieten und Energiekosten, Löhne, die zum Leben reichen, eine höhere Rente.

Möglicherweise ja. Wichtig ist, dass der Staat keine Wirtschaftshilfen vergibt, ohne dabei Bedingungen zu stellen, wie die Arbeitsplätze zu erhalten. Konzerne, die diese Hilfen erhalten, dürfen keine hohen Dividenden ausschütten und parallel Mitarbeitende in Kurzarbeit schicken. Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent erhöht werden.

Um die Berufe in der Gastronomie attraktiver zu machen, müssen faire Löhne, eine gute Ausbildung, soziale Absicherung garantiert werden. Wir fordern einen bundesweiten Mindestlohn von 13 Euro. Die Einhaltung muss verstärkt kontrolliert werden, auch durch eine zentrale Meldestelle-Mindestlohnbetrug. Mini- und Midijobs müssen zu sozialversicherungspflichtigen Anstellungen werden.